

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 43. Ratssitzung vom 4. März 2015

741. 2014/259

Weisung vom 27.08.2014:

Schulamt, Motion der SP-Fraktion betreffend Ausbau des Angebots auf zwei Tagesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis sowie Motion der FDP-Fraktion betreffend Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule, Städtisches Pilotprojekt (Projektphase I, freiwilliges Modell) für die Jahre 2015 bis 2018 mit gebundenen Tagesschulen, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Führung der Schulen
 - a) Aegerten (Uto),
 - b) Am Wasser (Waidberg),
 - c) Albisriederplatz (Limmattal),
 - d) Balgrist-Kartaus (Zürichberg),
 - e) Blumenfeld (Glattal),
 - f) Leutschenbach (Schwamendingen) und
 - g) Schauenberg (Glattal)als gebundene Tagesschulen im Rahmen eines städtischen Pilotprojekts (Projektphase I, freiwilliges Modell) für die Jahre 2015 bis 2018 wird ein Objektkredit von Fr. 19 080 000.– bewilligt.
2. Die bewilligten Ausgaben gemäss Ziff. 1 hiervor erhöhen und vermindern sich um die Beträge, die sich aus der Teuerung (Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise Stand August 2014 99.4 Basis Dezember 2010) und aus Änderungen des anwendbaren Personalrechts ergeben.
3. Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz wird ermächtigt, einzelne der Schulen gemäss Ziff. 1 hiervor während der Vorbereitungsphase aus der Versuchsanordnung zu entlassen, sofern dazumal die Voraussetzungen für ein Gelingen des Pilotprojekts nicht erfüllt sind. Die gemäss Ziff. 1 hiervor bewilligten Ausgaben reduzieren sich diesfalls anteilmässig.
4. Unter Ausschluss des Referendums:
 - a) Die Motion der SP-Fraktion betreffend Ausbau des Angebots auf zwei städtische Tagesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis (GR Nr. 2010/69) wird als erledigt abgeschrieben.
 - b) Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Neuregelung der Schulzeiten an der

Volksschule (GR Nr. 2011/223) wird als erledigt abgeschrieben.

- c) Das Postulat GR Nr. 2012/429 von Isabel Garcia und Andreas Hauri wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung zu Dispositivziffern 1–3:

Isabel Garcia (GLP): *Beantragt wird ein Objektkredit von 19,08 Millionen Franken für die Umsetzung der Projektphase I zu den freiwilligen Tagesschulen für die Jahre 2015 bis 2018. In den letzten sieben Jahren hat sich die Nachfrage nach ausserschulischen Betreuungsangeboten verdoppelt und wird anhaltend sehr hoch bleiben. Wir haben heute eine grössere Vielfalt der Familienformen, eine veränderte Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und einen veränderten Tagesrhythmus. Die Volksschule stösst infrastrukturell, pädagogisch, finanziell und organisatorisch an Grenzen. Vorgesehen ist, dass sich die Schulen auch 2025 nach wie vor in den Quartieren befinden, aber als Tagesschulen konzipiert sind. Die Schülerinnen und Schüler, die auch nachmittags Unterricht haben, werden über Mittag im Schulhaus mit einer warmen Mahlzeit verpflegt. Die Mittagspause soll rund 80 Minuten betragen. Blockzeiten werden bis Mitte Nachmittag erweitert. Zudem würde wie bisher das System der freiwilligen Betreuung zwischen 7 Uhr morgens und 18 Uhr zur Verfügung stehen. Als erster Schritt bereiten sich die Schulen Aegerten, Am Wasser, Albisriederplatz, Balgrist, Blumenfeld, Leutschenbach und Schauenberg auf den Betrieb als Tagesschule vor. Eine Mittagsmahlzeit inklusive Betreuung kostet die Eltern 6 Franken. Denjenigen Familien, für die der Betrag eine nicht verkräftbare finanzielle Belastung darstellt, kann eine Reduktion gewährt oder der Betrag ganz erlassen werden. Falls Eltern nicht wollen, dass ihre Kinder den Mittag in der Schule verbringen, können sie ihre Kinder abmelden. Die zuständige Kreisschulpflege sucht dann nach einer Lösung. Mit dem Pilotprojekt sollen die notwendigen Kenntnisse gewonnen werden, um den weiteren Weg hinsichtlich eines obligatorischen Modells skizzieren zu können. Eine wirksamere Steuerung und Organisation der Tagesschule ermöglicht uns Einsparungen von 30 bis 40 Millionen Franken pro Jahr. Wir halten den Vorschlag für überzeugend und langfristig tragfähig.*

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 742–746)

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung zu Dispositivziffern 1–3:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Das Pilotprojekt ist nicht verfassungskonform. In der Bundesverfassung heisst es, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Die schwächste Gruppe in diesem Pilotprojekt sind die 5-jährigen Kinder. Ab 2025 sollen sie gezwungen werden, von 8 Uhr bis 15 Uhr im Schulhaus zu bleiben. Hier geht es nicht um das Wohl der Kinder, sondern um das Wohl von Selbstverwirklichern, Doppelverdienern und Familiendekonstruktivisten. Wir wollen keine gebundene Tagesschule. Sie ist asozial und wird ein finanzielles Desaster werden. Das Schulamt gab uns hinsichtlich der Entwicklung die Auskunft, dass, je höher die Schulstufe, umso weniger Kin-*

der Mittagsbetreuung brauchen. Der Stadtrat will genau den umgekehrten Weg gehen. In der Oberstufe sollen die Kinder vier Mal in der Schule essen. Wenn Jugendliche von ihren Eltern die Freiheit erhalten, nicht mehr in der Schule essen zu müssen und sich allenfalls lieber auswärts verpflegen, sinkt die Nachfrage. Doch hier wird genau das Gegenteil angestrebt. Das ist nicht bedürfnisgesteuert oder zum Wohl des Kindes. Die Struktur führt auch zu einem sozialen Stress für diejenigen Kinder, die lieber zu Hause essen würden. Sie werden von ihren Kollegen als altmodisch tituliert und müssen innert 30 Minuten zu Hause essen, da die Mittagszeit von 110 auf 80 Minuten verkürzt wurde. Will man ein Kind abmelden, wird es aus seinem Umfeld gerissen und an eine andere Schule versetzt. Die 5-jährigen Kinder, die schwächste Gruppe, werden besonders unter den Strukturen leiden. Sie können sich nicht einmal dagegen wehren, wenn ihre Eltern diese befürworten. Die Kinder müssen sieben Stunden pro Tag in der Schule verbringen, dort funktionieren und essen. Doch auch die Lehrer werden darunter leiden. Ein Drittel der Lehrer in der Schweiz sind Burnout gefährdet. Nun sollen sie in einer verkürzten Mittagszeit in der Schule bleiben und zu schlechterem Lohn auch noch Betreuungsaufgaben übernehmen. Man nimmt ihnen die Pause und damit eine Ruhe- und Erholungsmöglichkeit weg. Zu den Kosten: Es ist ein Hohn zu sagen, dass die Eltern die Mittagszeit und das Essen bezahlen müssen. Die Mittagsbetreuung kostet heute 37 Franken. Mit der Verkürzung der Mittagszeit wird sie auf 30 Franken gesenkt. Die Eltern müssen jedoch dafür nur 6 Franken bezahlen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Bei der Planung war man sich durchaus bewusst, dass der Kindergartenschüler der Schwächste in diesem System ist. Im 1. Kindergarten besuchen die Kinder allerdings nur vormittags den Kindergarten. Hier ändert sich nichts. Im 2. Kindergarten bleiben die Kinder zwei Mal pro Woche über Mittag dort und werden entsprechend betreut. Es wird verschiedene Räume für die Kinder geben. Es wird Rücksicht auf die verschiedenen Bedürfnisse genommen. Es wird darauf geachtet, wie lange ein Kind braucht, um sein Mittagessen zu sich zu nehmen und sich zu erholen. Will ein Oberstufenschüler trotzdem auswärts essen gehen, wird ihm das wiederum niemand verbieten. Die Kinder mögen an gewissen Tagen zwar sieben Stunden in der Schule verbringen. Sie kommen aber auch früher nach Hause und haben dadurch mehr Zeit für Hausaufgaben, Freizeitaktivitäten oder Aktivitäten mit der Familie.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Das, was im Pilotprojekt weit über 20 Millionen Franken kosten wird, würde im Jahr 2025 mit den heutigen Ansätzen 83 Millionen Franken kosten. Die Therapiekosten sind darin noch nicht enthalten. Schulkinder leiden heute an Burnout-Symptomen, Bulimie oder Anorexie, an Depressionen. Für uns ist klar: Die Tagesschule muss auf freiwilliger Basis bleiben. Wir wollen den Familientisch erhalten und eine Kostenexplosion verhindern. Wir werden uns auch vehement auf kantonaler Ebene wehren.*

Marc Bourgeois (FDP): *Wir wollen kein Familienmodell vorschreiben. Die Frauen sind heute gleich gut gebildet wie die Männer und wollen einen angemessenen Job ausüben. Es gibt auch Familien, die auf das Geld, das die Frau verdient, angewiesen sind. Mit*

dem Beharren auf den heutigen Schulzeiten schreibt die SVP ein Familienmodell vor. Die Realität zeigt: Diejenigen Kinder, die über Mittag nicht oder schlecht betreut sind, ernähren sich oft schlecht. Das Pilotprojekt ist ungebunden und es besteht eine Abmeldemöglichkeit. Man kann im Übrigen nicht gleichzeitig Kosten und Dauer kritisieren. Die Dauer der Mittagszeit hängt mit den Kosten zusammen. Die Mittelstands-Frage wird von der SVP völlig ausser Acht gelassen. Drei Kinder kosten pro Mittag im Hort 99 Franken. Jemand, der weniger verdient, würde mit 18 Franken durchkommen. Ein solches System können wir nicht unterstützen. Eine Studie hat kürzlich gezeigt, dass Familien mit sehr wenig Geld manchmal am Ende den höheren Wohlstand haben als Mittelstandsfamilien. Zum Argument, dass die Tagesschulstruktur zu einer zusätzlichen Belastung bei den Lehrern führen würde: Für eine Unterrichtsstunde hat der Lehrer einen deutlich grösseren Aufwand, wenn man die Vor- und Nachbereitungszeit auch betrachtet. Zur Kostenentwicklung ist zu sagen, dass es nicht billiger wird, wenn wir so weiterfahren wie bisher.

Ruth Ackermann (CVP): Die Tagesschule ist das Modell der Zukunft. Wir begrüßen die gute und durchdachte Weisung und freuen uns über das Projekt, mit dem noch offene Details geklärt werden. Wir sind klar der Meinung, dass die Stadt nicht vollständig für die Verpflegung aufkommen soll. Wenn es für eine Familie nicht möglich ist, den Betrag aufzubringen, muss situativ eine Lösung gefunden werden.

Isabel Garcia (GLP): Die Behauptung, die Tagesschule sei asozial und die Schwächsten würden darunter leiden, ist nicht nur polemisch, sondern auch inhaltlich falsch. Zahlreiche Studien zeigen: Wenn Kinder eine geregelte Zeit in der gleichen Gruppe mit den gleichen Ansprechpersonen in der Schule verbringen können, ist das insbesondere für Kinder aus sozial schwachen Schichten die beste Schulform, auch hinsichtlich der Resultate in Sozialkompetenz und Leistung. In keiner Schulform ist der Unterschied zwischen den Leistungsstarken und den Leistungsschwachen sowie der Unterschied zwischen Kindern aus bildungsnahen und Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern so klein wie in der Tagesschule. Müssen Kinder in den Kindergarten gehen, stellt dies immer eine Umstellung dar. Doch auch diese gelingt dann am besten, wenn alles gut organisiert ist. Tagesschulen sind sozial und günstig. Bei den Tagesschulen profitieren diejenigen, die zu Hause nicht eine vollständige Bildungsnähe und Unterstützung erhalten. Wir investieren nicht nur in Tagesschulen, in Räumlichkeiten, in Bildung, sondern auch in die Vermeidung zukünftiger sozialer Kosten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir hier Unterstützung leisten und die Gelder der Steuerzahler dort einfliessen lassen, wo eine nachhaltige Wirkung in Bildung und Gesellschaft erzeugt werden kann.

Hans Urs von Matt (SP): Die Tagesschule ist in keiner Art und Weise asozial. Von besonderer Wichtigkeit in der Tagesschule ist die Zugänglichkeit für alle, aber auch die Akzeptanz und Qualität. Diese Aspekte sind im Pilotprojekt abgedeckt. Die SP unterstützt die Weisung voll und ganz.

Roger Liebi (SVP): Man erhält nach diesen Voten beinahe den Eindruck, die Tagesschule sei das Heil der gesamten Entwicklung von Volkswirtschaften. Dort, wo

das Tagesschulprinzip eingeführt ist, müsste es ja demnach gut funktionieren. Doch gerade in den skandinavischen Staaten oder in Frankreich sind die Jugendarbeitslosigkeitsquoten sehr hoch. Wir wollen keine staatlichen Tagesschulen mit Zwang. Die Stossrichtung dieses Projekts ist klar: Eine staatlich verordnete Tagesschule mit staatlich verordneten Tagesstrukturen. Hier wird Politik für alle ändern als für die Kinder gemacht.

Claudia Simon (FDP): *Wir haben früher über Blockzeiten diskutiert. Schon damals wurde die Aussage gemacht, die Kinder wären überfordert. Heute sind Blockzeiten normal. Mit der Struktur der Tagesschule verbringen die Kinder nicht mehr Zeit in der Schule als bisher. Für Familien bringt diese Struktur eine grosse Erleichterung und ein Gewinn. Die Verherrlichung des Familien-Mittagstischs fand früher statt, als alle Väter für das Mittagessen nach Hause kamen. Diese gemeinsame Mahlzeit findet heute jedoch abends statt. Auch diesem Umstand kommt die neue Struktur entgegen. Wenn alle Kinder um 15 Uhr nach Hause kommen, ist viel Familienzeit vorhanden. In anderen Ländern mit Tagesschulen befinden sich die Kinder übrigens von 8 bis 18 Uhr in der Schule. Bei uns können sie um 15 Uhr nach Hause zur Familie oder aber auch wie bisher den Hort besuchen.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Das zentrale Merkmal der Weisung wird von der SVP völlig unterschlagen: Die Teilnahme ist für Familien freiwillig. Die SVP plant offenbar eine Kampagne, mit der sie den Erfolg der Weisung zu hintertreiben versucht. Eine grosse Mehrheit will jedoch den Schritt zur Tagesschule machen. Wir sollten uns zurück zu den Fakten begeben und die Weisung so betrachten, wie sie vorliegt. Wir sollten den Schritt auf dem Weg zu einer Weiterentwicklung der Schule in Richtung Tagesschule machen.*

Marc Bourgeois (FDP): *Die SVP hat Angst, dass der Staat den Familien die Kinder wegnimmt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kinder kommen früher nach Hause und die Familien erhalten dadurch mehr Handlungsspielraum. Nach 15 Uhr hat man noch genug Zeit, um etwas mit den Kindern zu unternehmen. Das ist sowohl für das klassische als auch für andere Familienmodelle ein Gewinn. Die gesamte Familienorganisation wird einfacher. Eine zweite Angst der SVP: Sie möchte nicht für die Betreuung von Kindern bezahlen müssen. Ein gewisser Betrag muss die Allgemeinheit sicherlich bezahlen. Auch die Schule ist nicht gratis. Die Alternative wäre, dass man bei der heutigen gesetzlichen Grundlage eigentlich mehr bezahlen müsste. Der einzige rationale Entscheid ist deshalb, dem Modell Tagesschule light zuzustimmen.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1:

Severin Pflüger (FDP): *Das Entscheidende am Projekt ist die Erfolgsmessung. Wir müssen das Projekt sauber aufgleisen und detailliert evaluieren, damit wir Entscheidungsgrundlagen haben für die Weiterführung der Tagesschule hinsichtlich einer flächendeckenden Einführung. Diese Aufgaben müssen zentral ausgeführt werden. Das kann nicht jeder einzelne Schulkreis selber machen. Damit hätten wir keine Entschei-*

Grundlage. Die Ressourcen müssen zentral zur Verfügung gestellt werden.

Rosa Maino (AL): *In der Weisung wird zwischen Planungskosten und Projektkosten unterschieden. Die Planungskosten stellen den in den beteiligten Schulen anfallenden Aufwand dar, die Projektkosten den Aufwand, der in den beteiligten Kreisschulpflegen und auf der Ebene Schulamt anfällt. Die Löhne für die Projektleitung sollen doppelt so hoch sein wie die Löhne für das involvierte Personal vor Ort. Das stösst bei uns auf Unverständnis. Wir können nicht nachvollziehen, wofür die Projektleitung die 10 000 Arbeitsstunden jährlich benötigt. Für Evaluation und Erfolgspräsentation alleine kann das nicht sein. Es geht lediglich darum, in überschaubaren sieben Schulen eine Tagesschule light zu implementieren. Dass die sieben Schulen für die eigentliche Umsetzung jährlich je 700 Stunden zusätzlich zu ihrem normalen Pensum benötigen, ist absolut nachvollziehbar. Die AL ist überzeugt, dass sich die Projektleitungskosten ohne merkliche qualitative Einbusse halbieren lassen.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Die SVP unterstützt jede Kostenoptimierung dieses Pilotprojekts. Wir unterstützen bei Dispositivziffer 1 die AL und bei Dispositivziffer 2 den Stadtrat. Auch auf den Zwischenbericht kann unserer Meinung nach verzichtet werden.*

Änderungsantrag 1 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Führung der Schulen
 - a) Aegerten (Uto),
 - b) Am Wasser (Waidberg),
 - c) Albisriederplatz (Limmattal),
 - d) Balgrist-Kartaus (Zürichberg),
 - e) Blumenfeld (Glattal),
 - f) Leutschenbach (Schwamendingen) und
 - g) Schauenberg (Glattal)

als gebundene Tagesschulen im Rahmen eines städtischen Pilotprojekts (Projektphase I, freiwilliges Modell) für die Jahre 2015 bis 2018 wird ein Objektkredit von Fr. 19 080 000.– Fr. 18 000 000.– bewilligt.

7 / 13

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Minderheit: Rosa Maino (AL), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 43 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten Änderungsanträge 2–3 zu Dispositivziffer 1:

Severin Pflüger (FDP): *Wenn der Staat für 6 Franken kochen kann, insbesondere mit den Qualitätsansprüchen, die wir in Zürich in der Kinderbetreuung zelebrieren, ist das sehr günstig. Für einige Familien mag dies ein hoher Betrag sein, doch diese können einen Antrag auf Unterstützung stellen. Die SP möchte nun folgende Grenze ziehen: Wer über ein massgebliches Einkommen von 20 000 Franken verfügt, ist in der Lage, die 6 Franken zu bezahlen. Diese Zahl von 20 000 Franken ist interessant. 42 % aller Kinder würden unter diese Grenze fallen. Doch darin ist ein grosser Teil des Mittelstands enthalten. Denn: Die 20 000 Franken massgebliches Einkommen entstehen nach den Abzügen in der Steuererklärung. Eine Familie mit drei Kindern beispielsweise kann Abzüge für die Säule 3a, für die Krankenkasse, für Doppelverdiener und für die Kinderbetreuung sowie normale Kinderabzüge machen. Somit kann man über ein massgebliches Einkommen von 20 000 Franken verfügen und gleichzeitig auf dem Lohnausweis ein Einkommen von rund 106 000 Franken ausweisen. Mit einem Einkommen in dieser Höhe vermag eine Familie die 6 Franken pro Kind durchaus zu bezahlen. Es leuchtet mir nicht ein, weshalb diese Familien subventioniert werden sollten. Die Grünen wiederum wollen allen Familien die Mahlzeiten bezahlen. Dieses Geld sollte besser denjenigen Kindern zukommen, die wirklich Hunger leiden. Unsere Kinder werden ernährt und die Eltern können dies auch bezahlen.*

Nicolas Esseiva (SP): *Es geht hier um einen grundlegenden Umbau unserer Volksschule in Richtung einer flächendeckenden Tagesschule. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen 6 Franken sind ein fairer Betrag. Mit unserem Vorschlag der 0-Franken-Tarife für die tiefsten Einkommen wollten wir eine soziale Komponente einbringen. Der Betrag kann nicht von allen Leuten einfach aufgebracht werden. Bei mehreren Kindern summieren sich diese Beträge. Mit dem von Severin Pflüger (FDP) erwähnten Beispiel bin ich nicht einverstanden. Jemand mit einem geringen Einkommen kann keinen grossen Betrag für eine Säule 3a abziehen. Unser Anliegen ist, dass möglichst alle Kinder beim Pilotversuch mitmachen können. Die Eltern sollen ihre Kinder nicht aus wirtschaftlichen Gründen abmelden müssen. Nur so kann später flächendeckend ein erfolgreiches Modell Tagesschule verwirklicht werden. Unser Vorschlag mit den abgestuften Mittagstarifen war ein Kompromissvorschlag. Die FDP war hier leider nicht kompromissbereit. Es geht ihr offenbar eher ums Sparen als um einen hochwertigen Umbau der Volksschule. Wir möchten, dass künftig erfasst wird, aus welchen Gründen Kinder von der Tagesschule abgemeldet werden.*

Christina Hug (Grüne): *Auch wir möchten nicht, dass sich jemand aus finanziellen*

Gründen abmelden muss. Wir beantragen deshalb, dass an den gebundenen Mittagen auf die Erhebung eines Entgelts für die Verpflegung gänzlich verzichtet wird. Die Tagesschule soll künftig in Zürich der Normalfall für alle Schülerinnen und Schüler sein. Die Schule ist eine Leistung, die eine Gemeinde kostenlos erbringen muss.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Bei einer Tagesschule mit obligatorischem Mittagessen müsste zwingend das Modell der Grünen angewendet werden. Doch wir wollen hier eine flächendeckende Tagesschule, die den Eltern eine Wahl bietet: Sie können ihre Kinder zu Hause verpflegen oder über Mittag in der Schule betreuen lassen. Das Modell der Schule als Lebensraum soll realisiert werden. Es scheint uns nicht sinnvoll, gänzlich auf eine Kostenbeteiligung zu verzichten. Einer Tagesschule, die aufgebaut werden soll, sollen auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir bei der Mittagsbetreuung die Kosten erhöhen, werden entweder bei der Leistung, der Qualität, den Räumen oder den Kosten der Nachmittagsbetreuung Abstriche gemacht. Der Weg der SP scheint uns vernünftig. Gangbar wäre aber auch der Antrag des Stadtrats. Wichtig ist, dass die Qualität aufrecht erhalten bleibt und die Mittel zur Verfügung stehen, um den Versuch flächendeckend durchführen zu können. Wir dürfen nicht an finanziellen Engpässen scheitern, die wir uns selber eingehandelt haben.

Marc Bourgeois (FDP): Es muss sich niemand aus finanziellen Gründen abmelden. Das steht klar in der Weisung. Die SP möchte das steuerbare Einkommen als Massstab nehmen, ob man etwas für den Mittag bezahlen muss oder nicht. Wir sprechen im Minimum von einem Betrag von 110 Franken pro Quartal. Kürzlich ging es in einer Weisung aus linker Feder um den Neuerlass der Verordnung zur Vermietung von städtischen Wohnungen. Dort befand man, dass es zu bürokratisch wäre, wenn man das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Mieters und der Miete periodisch überprüfen würde. Dort kann es um mehrere Tausend Franken gehen. Hier hingegen geht es um 110 Franken. Das ist Klientelpolitik und inkonsistente Argumentation.

Dr. Davy Graf (SP): Der Erfolg des Schulmodells ist ausschlaggebend für den obligatorischen Schulversuch und die Ausdehnung auf die ganze Stadt. Der Vergleich mit der Steuererklärung hinkt. Beim erwähnten Beispiel wurden volle Betreuungsabzüge gemacht. Doch Personen mit einem massgeblichen Einkommen von 20 000 Franken bezahlen heute nicht den vollen Beitrag im Hort, sondern nur 20 % davon. Deshalb können sie bei der Steuererklärung auch weniger Abzüge machen. Mit einem massgeblichen Einkommen von 20 000 Franken und zwei Kindern verfügt man über ein steuerbares Einkommen von 50 000 Franken und kein Vermögen. Das ist für 42 % der Haushalte Realität. Sie müssen sich das Geld gut einteilen. Wenn man nun die Rechnung für die Mittagessmahlzeiten macht, kommt man bei zwei Kindern und drei Mal Mittagessen auf 1400 Franken pro Jahr. Für sehr viele Leute spielt dies eine Rolle. Wir wollen diejenigen Familien nicht verlieren, die ihre Kinder aus finanziellen Gründen abmelden müssten. Wenn wir diese Familien verlieren, haben wir einen grossen Teil der Stärke dieses Schulmodells verloren.

Severin Pflüger (FDP): *Ich möchte diese Familien keineswegs verlieren. Was ich als Jurist mit Zahlen zu beweisen versuchte, wurde soeben von einem Naturwissenschaftler mit Worten verwedelt. Das ist verkehrte Welt. Zahlen lügen nicht.*

Änderungsanträge 2–3 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK PRD/SSD beantragt folgende Ergänzung der Dispositivziffer 1:

1. [...]

Die Ausgabenbewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Mittagstarife während der Projektphase I für die Elternbeteiligung durch die PK festgelegt werden, wobei sich der massgebende Betrag nach der «Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich» (AS 410.130) richtet. Für tiefe Einkommen, d.h. massgebender Betrag bis zu Fr. 20 000.–, wird kein Elterntarif erhoben. Für höhere Einkommen wird ein Tarif von Fr. 6.– verlangt.

Die Minderheit 2 der SK PRD/SSD beantragt folgende Ergänzung der Dispositivziffer 1:

1. [...]

Die Ausgabenbewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Mittagstarife während der Projektphase I entfallen.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Martin Götzi (SVP)
Minderheit 1: Nicolas Esseiva (SP), Referent; Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit 2: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	60 Stimmen
Antrag Minderheit 1	44 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>14 Stimmen</u>
Total	118 Stimmen
= absolutes Mehr	60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

10 / 13

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Mauro Tuena (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)
Enthaltung:	Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag zur neuen Dispositivziffer 4:

Isabel Garcia (GLP): Die Minderheit beantragt eine zusätzliche Berichterstattung an den Gemeinderat und die beteiligten Anspruchsgruppen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die in der Weisung vorgesehene Berichterstattung ausreicht und kein zusätzliches Berichtswesen erforderlich ist.

Nicolas Esseiva (SP): Ob der Pilot erfolgreich ist, hängt von verschiedenen Kriterien ab. Die Beurteilung sollte unserer Meinung nach nicht nur durch das Schulamt erfolgen. Auch die verschiedenen Beteiligten sollten sich dazu äussern können: Schülerinnen und Schüler, Lehr- und Betreuungspersonal, Hausdienstpersonal, Schulverwaltung, Schulpräsidien, Personalverbände, Eltern und auch wir als Gemeinderat. Das Projekt muss transparent durchgeführt werden und alle Anspruchsgruppen sollten mit Zwischenberichten über den Projektverlauf informiert werden und sich entsprechend einbringen können. Wir sind überzeugt, dass bereits während der Vorbereitung und Durchführung des Pilots Themen zum Vorschein kommen, die im weiteren Verlauf des Projekts berücksichtigt werden müssen. Die Erkenntnisse und Anpassungen sind wichtig für die nachfolgenden Projektphasen und die flächendeckende Einführung der Tagesschule in Zürich. Berichte kosten Geld. Doch auch das gesamte Projekt kostet viel Geld. Uns ist es ein Anliegen, dass dieses Geld sinnvoll ausgegeben wird.

Änderungsantrag neue Dispositivziffer 4
(Die Dispositivziffer 4 wird zu Dispositivziffer 5)

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 4:

4. Der Stadtrat orientiert den Gemeinderat und die beteiligten Anspruchsgruppen über den Projektverlauf der Phase I mit einem Zwischenbericht nach Abschluss der Vorbereitungen bzw. vor dem Start der Durchführung, in der Hälfte der Durchführung sowie nach Abschluss der Phase I mit einem Schluss- und Evaluationsbericht zuhanden des Gemeinderats.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mauro Tuena (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)
Minderheit:	Nicolas Esseiva (SP), Referent; Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 44 Stimmen zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Ich bedanke mich für die gehaltvolle und spannende Diskussion. Unsere Vision ist, dass bis 2025 sämtliche Zürcher Schulen als Tagesschulen funktionieren. Wir haben intensiv diskutiert und uns gefragt, wie weit die Stadt nicht nur für Erziehung, Sozialisierung, Bildung, sondern auch für Betreuung verantwortlich ist. Wir haben auch darüber diskutiert, was Betreuung kosten darf, und ob wir ein einheitliches Modell in der Stadt wollen. Dies alles schlägt sich in der Weisung nieder. Wir fällen einen wegweisenden Entscheid für die Zürcher Volksschule. Es geht nicht nur um Verpflegung, Ernährung, Betreuung. Die Volksschule wird sich über die Zeit verändern. Bei den Tarifen haben wir leider keinen Konsens gefunden. Wir kennen den richtigen Tarif im Moment nicht. Die Schulreformen brauchen viel Zeit und Geduld. Sie müssen sorgfältig vorbereitet, begleitet, betreut und evaluiert werden. Deshalb bin ich froh, dass der Kredit gesprochen wurde. Das Obligatorium ist für diesen Versuch kein Thema. Ich bin zuversichtlich, dass 2025 niemand mehr die Frage bezüglich der Freiwilligkeit stellen wird und alle Kinder gerne in die Tagesschule gehen werden. Wir haben heute die Basis dafür gelegt.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Mauro Tuena (SVP) i. V. vom Martin Götzl (SVP), Hans Urs von Matt (SP)
Enthaltung:	Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Führung der Schulen
 - a) Aegerten (Uto),
 - b) Am Wasser (Waidberg),
 - c) Albisriederplatz (Limmattal),
 - d) Balgrist-Kartaus (Zürichberg),
 - e) Blumenfeld (Glattal),
 - f) Leutschenbach (Schwamendingen) und
 - g) Schauenberg (Glattal)
als gebundene Tagesschulen im Rahmen eines städtischen Pilotprojekts (Projektphase I, freiwilliges Modell) für die Jahre 2015 bis 2018 wird ein Objektkredit von Fr. 19 080 000.– bewilligt.
2. Die bewilligten Ausgaben gemäss Ziff. 1 hiervor erhöhen und vermindern sich um die Beträge, die sich aus der Teuerung (Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise Stand August 2014 99.4 Basis Dezember 2010) und aus Änderungen des anwendbaren Personalrechts ergeben.
3. Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz wird ermächtigt, einzelne der Schulen gemäss Ziff. 1 hiervor während der Vorbereitungsphase aus der Versuchsanordnung zu entlassen, sofern dazumal die Voraussetzungen für ein Gelingen des Pilotprojekts nicht erfüllt sind. Die gemäss Ziff. 1 hiervor bewilligten Ausgaben reduzieren sich diesfalls anteilmässig.
4. Unter Ausschluss des Referendums:
 - a) Die Motion der SP-Fraktion betreffend Ausbau des Angebots auf zwei städtische Tagesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis (GR Nr. 2010/69) wird als erledigt abgeschrieben.
 - b) Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule (GR Nr. 2011/223) wird als erledigt abgeschrieben.
 - c) Das Postulat GR Nr. 2012/429 von Isabel Garcia und Andreas Hauri wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. März 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 10. April 2015)

13 / 13

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat